

Dresdner Volkszeitung

Postfachamt: Dresden
Aden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: 5441, Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, H. G., Dresden.
Gebr. Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abdruckrechtlich vorbehalten mit der obigen Unter-
zeichnung: 2. März, halbjährlich 1 Mark, Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphisch: Dresden Volkszeitung

Schriftleitung: Wettsteinstr. 10, Fernsprecher Nr. 3361, Sprech-
stunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsbüro: Wettsteinstr. 10, Fernsprecher Nr. 35261 und 12707.
Geschäftszeit von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 20 mm breite Monoparalle-
le 10 Pf., die 30 mm breite 15 Pf., für auswärts
Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mieta-
angebote 40 Pf. Adressen, für Briefmarken 10 Pf.

Nr. 12

Dresden, Sonnabend den 14. Januar 1928

39. Jahrg.

Gehlers Rücktritt

Streit des Zentrums und der Volkspartei um die Nachfolgerschaft

D. Berlin, 14. Januar. (Eigener Feuilleton.) Im Gegensatz zu einer Verlautbarung in offiziellen Kreisen, daß ein Austrittsgesuch des Reichswehrministers noch nicht vorliegt, steht es nunmehr fest, daß ein derartiges Gesuch dem Reichspräsidenten am Freitag in den Abendstunden offiziell überreicht wurde. In diesem Zusammenhang weiß die Tagespresse, daß der Reichspräsident dem Zentrumsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Scholz, die Nachfolge Gehlers angeboten habe. Scholz habe jedoch das Angebot des Reichspräsidenten abgelehnt und die Ablehnung gegenüber dem Reichspräsidenten abgelehnt und eine nähere Besprechung gehabt habe, wiederholt. Im Zentrumslager wird der prinzipielle Anspruch der Volkspartei auf das Reichswehrministerium nicht anerkannt. Welche Lösung die Frage der Nachfolgerschaft schließlich findet, ist auch nach der heutigen Morgenpresse völlig unklar. Wahrscheinlich hat auch der Plan für sich, daß Gehler in Urlaub geht und so zu den Neuwahlen nur ein Stellvertreter bestimmt wird. Ob das ist, ob Marx oder Curtius, bleibt bisher eine offene Frage.

Gehler war einst der Wehrminister von Ewigkeit zu Ewigkeit genannt worden. Man hatte sich so an ihn gewöhnt, daß sein Rücktrittsgesuch wie eine Ueberraschung wirkt. Und es hätte die Gründe dazu schon längst in jedem parlamentarischen Staatsausgerichtet. Es heißt, daß Gehlers Gesundheitszustand sehr angegriffen ist. Eine Reihe tagelanger Familienkrisen in den letzten Jahren über ihn hereinabgebrochen und hat seine Arbeitskraft stark angegriffen. Gehler hätte wohl nicht mehr kräftig genug, bei den kommenden Entscheidungen das zu vertreten, was allein neuerdings auf das Wohl seines Ressorts kommt. Da ist der Rhodus-Feldmarschall, bei dem es sich um eine merkwürdige Verbindung von Reichswehrgeheimnissen und Filmgeschäften handelt. Es sind die unklaren Posten im Reichswehretat. Da sind ungeheure Ausgaben, an denen der Reichswehrminister nicht scheitern darf. Da ist — immer mal wieder — die neueste militärische Ausrüstung: die des Kapitän Kolbe, der den damaligen hochbegabten Flottenheiligen und Ergründer der Reichswehr auf dem Kreuzer Berlin tadeln und reden ließ. Daß er heute wieder auf sein Schiff zurückkehren und das Kommando übernehmen dürfte, zeigt hinreichend, daß sich Gehler

gegen die Marineleitung nicht durchzusetzen vermochte. Gehler hatte wohl nicht mehr die Kräfte, dies alles bei der kommenden Staatsberatung durchzuführen. Wenn er jetzt von seinem Posten scheidet, so geht mit ihm ein Minister, der von allen Ministern der Republik am längsten auf seinem Posten blieb, nämlich neun Jahre. Als Außenminister begann er 1919, als Reichswehrminister wurde er von Ebert ins Wehrministerium berufen. Was er nach dem Kapp-Putsch verbrochen, die rücksichtslose Entfernung aller reaktionären Elemente, die durch den Kapp-Putsch bloßgestellt wurden, hat er nicht gehalten. Im Gegenteil, die Reichswehr wurde in der Gehlerschen Amtszeit immer reaktionärer. Wie im alten Kaiserlichen Deutschland stiegen im Offizierskorps die Adligen empor. Offizierserbschaft aus dem Unteroffizierskorps wurde nicht mehr gebildet. Das Rekrutierungssystem ging unten wie oben darauf aus, Republikaner auszuschalten und das reaktionäre Element der Reichswehr nach allen Richtungen hin zu verstärken. Man kann auch nicht sagen, daß Gehler gegen die Exzesse seines Amtes gewesen wäre. Selbst die Demokratische Partei, der er lange angehörte, rügte im Laufe der Jahre von ihm ab, und er mußte schließlich aus ihren Reihen scheiden, als er die unerbörten Angriffe des Generals Reinhold auf die Demokratische Partei genehmigte. Schließlich sah er zwischen sämtlichen Stühlen, denn denen von der Rechten war er nicht reaktionär genug, und die von der Linken hielten ihn für einen unsicheren Kantonalisten, der dort hin zu neigen schien, wo er die meiste Macht wahrte, republikanischen Schattenspielen verlor.

Die Nachwahlen der letzten Zeit werden ihn stützten und in seinem Urteil unsicher gemacht haben, denn Gehler gehörte zu denen, die in dem Durcheinander der Inflationen- und der Nachinflationenjahre an der Kraft des republikanischen Lageres irre wurden. Er sah wohl auf das rechte Pferd, hielt den Mund nach rechts für unabwehrbar. Und nun mußte er an der jüngsten Geschichte der Deutschenationalen sehen, daß Gottes Mühlen nicht immer langsam mahlen, daß sich das

Schicksal demagogischer Parteien mitunter recht rasch erfüllt. Am Horizont dämmert der sozialistische Wählerfolg von 1928. So geschwindig war sein angegriffenes Nervensystem wohl nicht mehr, als daß er sich hätte auf diese neue Färbung einstellen können. Wenn er jetzt geht, braucht ihm die Sozialdemokratie keine Steine nachzuwerfen, denn wir haben ihn mit unsrer Kritik während seiner Amtszeit scharf genug angegriffen und haben daran nichts zurückzunehmen. Wir werden ihm also auch keine Tränen nachweinen. Wer sein Nachfolger wird, ist noch nicht klar. Sicher bleibt jedoch vorläufig, daß keiner kommt, der republikanischer denkt als Gehler. Immerhin wäre schon einiges gewonnen, wenn seine Parteistellung weniger verkommen und unklar bliebe. Gehlers „Republikanismus“ belastete die Republik, aber das Warten eines Scholz oder eines ähnlichen Schwarzweißrotten ginge auf Kosten der Reaktion.

Um den Nachfolger

SPD. Der Reichspräsident empfing am Donnerstag den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Scholz, zu einer längeren Besprechung. Die Unterredung stand im Zusammenhang mit dem Austrittsgesuch des Reichswehrministers Dr. Gehler. Wichtig ist auch, daß die Volkspartei bestrebt ist, nach Möglichkeit den Nachfolger für Dr. Gehler zu stellen. Von maßgebenden Kreisen des Zentrums wird jedoch wie uns berichtet wird — ein Wehrminister aus den Reihen der Volkspartei abgelehnt. Dagegen hielt man hier für den Fall, daß eine Neubestellung des Wehrministers schon jetzt in Frage kommt, die Kandidatur des Generals Gröner für nicht aussichtslos.

Wahlen 1929 — Wenn es nach Westarp ginge

D. Berlin, 14. Januar. (Eig. Feuilleton.) Das Organ des deutschnationalen Parteiführers, Grafen Westarp, die Kreuzzeitung, äußert heute gegen eine vertretungsweise Besetzung des Reichswehrministeriums, da Neuwahlen zum Reichstag voranschreiten erst nach Ablauf der Legislaturperiode stattfinden. Das heißt also, daß nach den deutschnationalen Wünschen erst Ende Dezember oder gar Januar oder am ersten Sonntag im Februar 1929 gewählt werden soll. So groß ist ihre Angst vor dem Urteil des Volkes!

Amerikas Weltfriedenspolitik

P. Paris, 13. Januar. (Eig. Draht.) Das Auswärtige Amt hat am Freitag den Text der amerikanischen Note über den Antikriegspakt veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß die optimistischen Informationen der Pariser Presse den Tatsachen nicht entsprechen. Kellogg geht in seinem Schreiben zunächst über den amerikanischen Vorschlag eines nur zweiseitigen Abkommens hinweg und erklärt, daß die beiden Regierungen darüber im allgemeinen Vertrag zwischen den Hauptmächten der Welt

Die Antwort der französischen Regierung auf diese Note ist bereits in Arbeit. Briand wird voraussichtlich die Beschränkung des zu ächtenden Krieges auf den „Angriffskrieg“ aufrechterhalten und versuchen, diesen Standpunkt mit den sich „aus dem Völkerverbund ergebenden Verpflichtungen“ zu begründen.

Zugleich rüft USA. wahnwichtig!
Washington, 13. Januar. Der Staatssekretär der Marine, Wilson, betreibt die Flottenrüstungen mit einer unge-

heuren Energie. Er gibt immer wieder an, daß Amerika, nachdem seine Marineaufrüstungskonferenz in Genf gescheitert sei, sich durch eine gewaltige Flotte sichern müsse — wenn es nicht zu einer Verständigung mit England komme. Wilson fordert jetzt ein zwanzigjähriges Sanierungsprogramm. Er schlägt vor dem Flottenausbau des Repräsentantenhauses die Kosten des geplanten zwanzigjährigen Schiffsbauprogramms auf 129 Millionen Dollar jährlich. Die Gesamtsumme werde etwas über 2 500 000 000 Dollar (über 10 Milliarden Mark) betragen.

Das Diktat der Eisenherren

Wißt der Reichswirtschaftsminister nicht eingreifen?

Der Stahlwerksverband hat eine Preissteigerung der Preise für Form- und Stabeisen um 3 M. pro Tonne angekündigt. Das sind gut zwei Prozent. Der Stahlwerksverband weiß auch mit einem Eisener, der einer Preissteigerung der Öffentlichkeit gleichkommt, darauf hin, daß die Schwerindustrie damit auf ihre ursprüngliche Forderung einer Erhöhung von fünf Prozent verzichtet habe. Das ist billiges Lob und unnützer Trost. Wenn man die Preissteigerung der Preise für andere Eisensorten in Betracht zieht, kommt nämlich eine Erhöhung heraus, die im Durchschnitt zwischen vier und fünf Prozent liegt. Die Preissteigerung ist so bedeutend, daß sie nicht isoliert bleiben wird. Sie muß sich gerade in einer Zeit, wo die Konjunktur augenscheinlich ihren Höhepunkt überschritten hat, doppelt ungünstig auswirken.

Der Reichswirtschaftsminister hat nun gegenüber einer Eisenpreissteigerung nicht das Recht eines Einspruchs wie bei einer Kohlenpreis- oder Kaltpreissteigerung; und doch verfügt der Minister über genügend Macht, um Unheil zu verhüten. Das geht aus folgender Ueberlegung hervor: Die deutsche Schwerindustrie kann die Eisenpreissteigerung nur deshalb vornehmen, weil sie gewissermaßen Flanken schuß gegen ausländische Eiseneinfuhren hat. Soweit der Eisenerz, der der deutschen Schwerindustrie lediglich unter gewissen Voraussetzungen zugelassen worden ist, nicht ausreicht, um Einfuhren billigeren ausländischen Eisens zu verhindern, hat sie im Rahmen der internationalen Rohstoffgemeinschaft freundschaftliche Abmachungen mit den

größten festländischen Eisenproduzenten getroffen. Auf Grund dieser Abmachungen werden Frankreich und Luxemburg kein Konkurrenzisen nach Deutschland liefern. Der internationale Wettbewerb, der einen Preisregulator größten Stils darstellt und in jedem Lande eine Ausbeutung der inländischen Verbraucher über die Höhe des Jolles hinaus verhindert, ist dadurch ausgeschaltet. Dafür zahlt die Schwerindustrie schließlich die Strafgebühren wegen Ueberschreitung ihrer Produktionsquote an die Staaten des internationalen Eisenspakts. Nach Lage der Dinge sind die Millionen, die die deutsche Eisenindustrie seit Jahr und Tag an das Ausland zahlt, regelrechte Schmiergelder, um sich die ausländische Konkurrenz vom Leibe zu halten.

Der unumschränkte Verzicht der Vertragsparteien auf jeden Krieg als Mittel der nationalen Politik ist vorgeschlagen worden. Dazu heißt es wörtlich: „Ich kenne die Gründe nicht, die Ihre Regierung veranlaßt haben, diese Änderung Ihres ursprünglichen Vorschlages anzunehmen. Aber ich hoffe zuversichtlich, daß keine wesentliche Bedeutung haben und nicht andeuten werden, daß die französische Regierung nicht in der Lage wäre, zusammen mit der amerikanischen die ursprüngliche Formel im Gegenstand der Vorverhandlungen mit den anderen Großmächten zu machen.“

Am Schluß seiner Note schlägt Kellogg vor, den Regierungen Englands, Deutschlands, Italiens und Japans den Text des ursprünglichen Briand'schen Vorschlages mit den bisherigen Korrekturen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zum Zwecke der Ueberprüfung und eines Meinungsaustausches zu übermitteln.

Man zahlt an ausländische Industrien Subventionen, um das Inland nach Strich und Faden auszubenten. Hier kann der Reichswirtschaftsminister einschreiten. Die ganzen internationalen Eisenpaktverhandlungen, die die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich zum Schaden vieler Industrien sehr ungünstig beeinflussen, sind feinerzeit vom Reichswirtschaftsminister nur deshalb toleriert worden, weil die Eisenindustrie Versprechungen gegeben hat, das internationale Kartell nicht für eine Ueberlegung der Inlandpreise zu missbrauchen. Ein solcher Mißbrauch liegt heute vor. Der Reichswirtschaftsminister hat also die beste Handhabe, um einzugreifen. Aber auch die sogenannte Ausschließlichkeitsklausel muß den Reichswirtschaftsminister interessieren. Hier liegen die Dinge folgendermaßen: Ruher Luxemburg